

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 111 (2017)
Heft: 6

Artikel: Ein Gespenst geht um : zwölf Thesen zum Rechtspopulismus
Autor: Dietschy, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-731298>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Gespenst geht um

Zwölf Thesen zum Rechtspopulismus

Ein Gespenst geht um, nicht nur in Europa. Es zeigt sich je nach Situation in unterschiedlicher Gestalt, mal als Wirtschaftsnationalismus, mal als patriarchaler Populismus, antisemitisch oder antiislamisch. Dass es sich verwandeln kann von rechtsextremen Positionen bis in die Mitte hinein, ja sogar nach links, macht es gefährlich.

Nationalismus: Neoliberalismus im Krisenmodus?

1. Der neue Nationalismus präsentiert sich als Antiglobalismus.

Dreissig Jahre Globalisierungspolitik haben zu einer Legitimationskrise des neoliberalen Projekts geführt. Es hat

Produktionsverlagerungen gebracht und Jobs vernichtet, Börsenspekulation befördert und Ungleichheit explodieren lassen. Donald Trump agiert in dieser Situation als Volkstribun, der sich für den kleinen Mann stark macht und ihm mit dem Schlachtruf «Wir zuerst» Abhilfe verspricht. Ähnlich Marine Le Pen.

Die Linke
&
das Volk

*Hochhausleben in
Bern West.
Bild: Béatrice Devènes*



Mit dem (scheinbaren) Frontalangriff auf Freihandelspolitiken und transnationale Konzerne sucht die neue Rechte globalisierungskritische und sozialpolitische Rollen zu besetzen, welche die Linke in Regierungspositionen vernachlässigt hat.

2. Seit 2007 ist der «krisenhafte Charakter der neoliberal-imperialen Globalisierung» (Ulrich Brand) offenkundig. Die geringen Aussichten auf ihre Wiedereinbettung in supranationale Steuerungsstrukturen entziehen Vorstellungen von «Global Governance» Boden und Plausibilität. Die Neue Rechte verstärkt dies mit einer Renationalisierung des Politischen.

Wirtschaftsliberale Marktöffnungen und Deregulierungen haben die Macht von Konzernen und FinanzakteurInnen sowie informelle Gremien wie der G7 gestärkt, zugleich aber das UNO-System, die EU und andere Instanzen multilateraler Zusammenarbeit geschwächt. Die neuen NationalistInnen beklagen diese Demokratiedefizite und versprechen, ihren Nationen wieder volle Souveränität

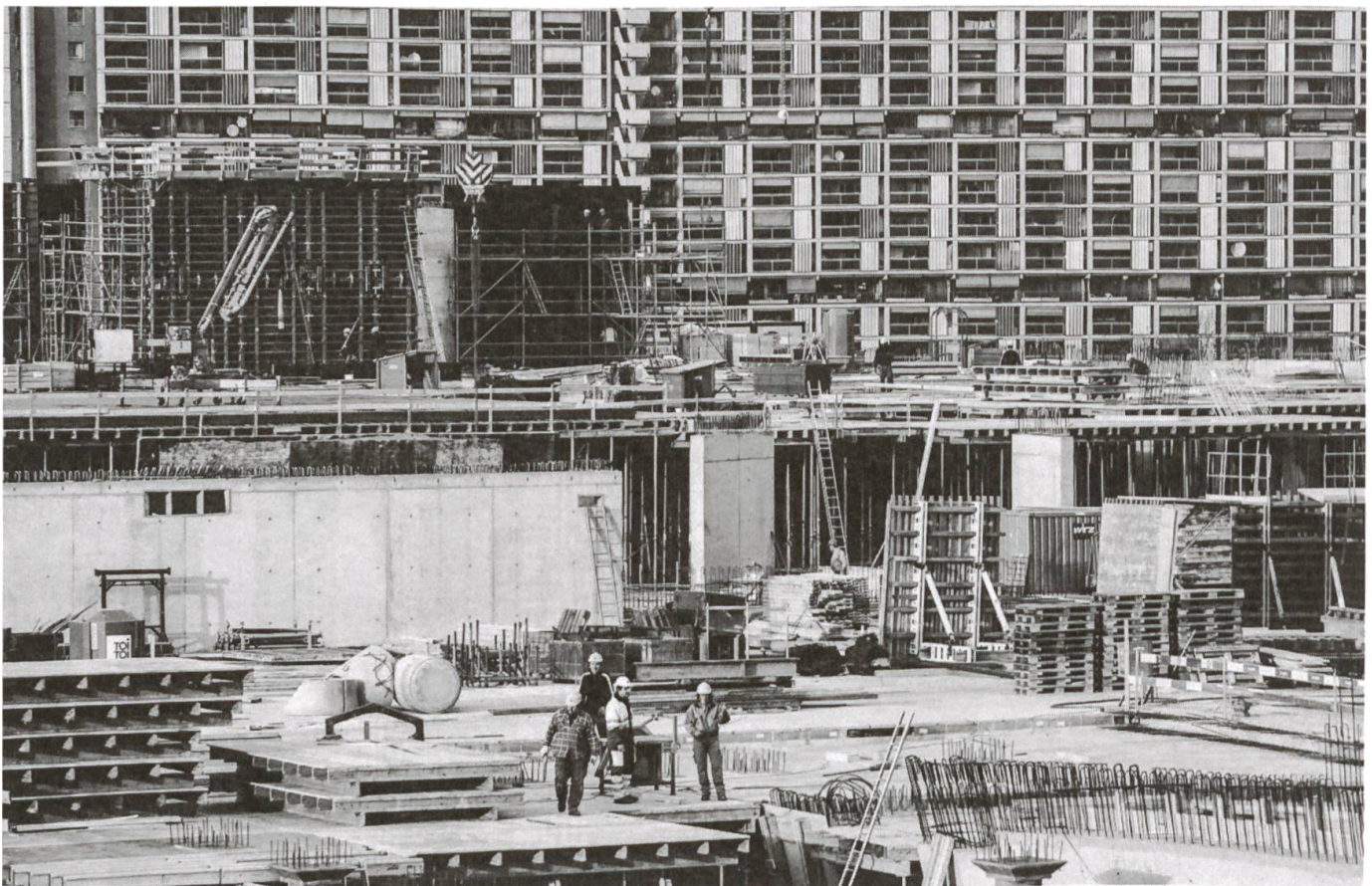
zu verschaffen. Auch wenn dies unter den Bedingungen des globalen Finanzmarktkapitalismus schwer zu erreichen sein wird, so dient es ihnen doch dazu, mit exklusivem Nationalismus («America first») Stärke zu zeigen und Träumen von der «Wiederherstellung alter Größe» der Nation Nahrung zu geben.

3. Die neuen NationalistInnen verbauen die Wege aus der globalen Vielfachkrise im demokratiepolitischen wie im Umwelt- und Klima-, Finanz- und Wirtschaftsbereich, indem sie den von ihnen kritisierten Neoliberalismus mit anderen – «identitären» – Mitteln fortsetzen.

«America first» meint auch «the economy first». Insofern stimmen die NationalistInnen mit dem Kern des erfolgten neoliberalen Gesellschaftsumbaus überein, der «den Markt- und Konkurrenzimperativ bis in die Subjekte hinein verankert hat» (Ulrich Brand). Sie unterscheiden sich von dieser «Gouvernementalität» aber durch ihren ethnisch-kulturell und teils auch religiös bestimmten Nationalismus.

Bümpflich: Kein Bauern-
dorf mehr.

Bild: Monika Flückiger



4. *Verkörpert wird der im Kern markt-radikale neue Nationalismus durch einen autokratischen Herrschaftstyp.*

Eine Subjektivität, welche den Konkurrenzimperativ des homo oeconomicus verinnerlicht hat, wird in einem Klima des «mörderischen Wettbewerbs» und «apriorischen Misstrauens» (Zygmunt Bauman) zu Humankapital mit «entgrenztem Narzissmus». Das bedeutet, dass eine Person die Fähigkeit zur Selbstbegrenzung verliert. Sie tendiert in seinem idealisierten Macht-Selbst und seiner Paranoia dazu, die beherrschten Anderen zu entwerten und zu dehumanisieren. Trumps Auftritte, die an Frauenfeindlichkeit, Rassismus, Xenophobie und Grössenwahn kaum zu überbieten sind, veranschaulichen und enttabuisieren zugleich diesen autokratischen Herrschaftstyp.

5. *Entfesselter exklusiver Nationalismus zerstört auch im nationalen Rahmen die Fähigkeit, ein Narrativ für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu entwickeln. Bonapartismus und autoritär-populistische Politik füllen die Lücken.*

Donald Trump verkörpert wie kein anderer diesen Trend: «Er stellt nicht Ideen ins Zentrum seiner Politik, sondern sich selbst» (Anne Applebaum). Er verspricht Ordnung, indem er Chaos verbreitet und – nach dem apokalyptischen Drehbuch von Steve Bannon – etablierte demokratische Institutionen schleift oder missachtet. (Dabei agiert er fast wie Bonaparte nach Marx: «Von den widersprechenden Forderungen dieser Situation gejagt, zugleich wie ein Taschenspieler in der Notwendigkeit, durch beständige Überraschung die Augen des Publikums auf sich ... gerichtet zu halten, also jeden Tag einen Staatsstreik en miniature zu verrichten, bringt Bonaparte die ganze bürgerliche Wirtschaft in Wirrwarr.» [MEW 8, 205])

Autoritärer Populismus

6. *«Wir werden Euch die Macht zurückgeben», verspricht der Populismus dem Volk und den «einfachen Leuten». Er erweist sich*

aber als schiefer Statthalter realer Demokratie, ein autoritäres Surrogat, das verhindert, dass sich das Volk selber befreit.

Dass ein Milliardär wie Trump sich zur Stimme der Besitzlosen erklärt, mag irritieren. Slavoj Žižek hat dafür jedoch eine Deutung. Was widersprüchlich erscheine, bilde gerade den Kern seines Projekts: Trumps «strategische Funktion besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Besitzlosen sich nicht selbst helfen.» Dies zeigt deutlich den autoritären Zuschnitt rechtspopulistischer Bewegungen. Es ist kein Zufall, dass an ihrer Spitze häufig Figuren mit autokratischen Zügen wie Erdogan, Trump, Orbán oder Blocher zu finden sind. Gerade mit ihrer von Regel- und Tabubrüchen gekennzeichneten Anti-Politik bieten sie sich gleichzeitig als die Retter im Chaos an. Die (berechtigte) Verlustangst von Mittelschichten verstärken sie und beantworten sie mit der Verteidigung des «Eigenen», mit autoritärer «Herr im eigenen Haus»-Politik und einer imaginären Volksgemeinschaft: «Die Franzosen wollen sich wieder als Besitzer von Frankreich fühlen.» (Marine Le Pen)

7. *Populismus ist undemokratisch, tritt aber in demokratischem Gewand auf.*

Populistische Politik begreift sich, selbst wo sie aus einer Regierungsposition heraus erfolgt, als Aufstand eines moralisch integren Volkes gegen die korrupte classe politique. Zwar ist der Ruf «Wir sind das Volk» von Haus aus (Leipzig 1989) keineswegs schon populistisch. Er wird es erst, wenn er als einzig legitimer Wille des Volkes auftritt. Das Volk erscheint dann nicht mehr als ein Plural, dessen Wille sich im demokratischen Prozess stets neu herausbilden muss, sondern als essenzialistisch verstandener «Souverän» im Singular. Auch die Verfemung abweichender Meinungen oder der Medien als «Lügenpresse» gehört zu diesem absolutistischen Wahrheitsanspruch. Populismus ist nicht nur antielitär, er ist auch antipluralistisch und wirkt von da her als antidemokratische Kraft.

8. Rechtspopulismus ist Volksidolatrie. Er verherrlicht ein imaginäres Volk, das durch FührerInnenfiguren repräsentiert und autorisiert wird.

Kennzeichnend für das Volksverständnis des Rechtspopulismus sind ein als homogen gedachter Volkskörper und eine Verabsolutierung des Konzepts der Volkssouveränität. Wird beides gar identifiziert, können Volksentscheide zur letztinstanzlichen Manifestation des Volkswillens erhöht werden – auch wenn Menschenrechte verletzt oder Völkerrecht gebrochen werden. Denn «das Volk» hat, wie Christoph Blocher zu sagen pflegt, immer recht. Allerdings bedarf es dann noch einer autoritativen Interpretation durch einen oder eine, der oder die erkennt, was der wahre Volkswille ist. «ER will, was WIR wollen», hiess passend ein Slogan der FPÖ für ihren Spitzenkandidaten Heinz-Christian Strache. Die Überhöhung und Identifikation von Volk und FührerIn ist keineswegs auf rechtsextreme Kreise beschränkt. (Hier allerdings ist sie am deutlichsten fassbar, so etwa in einem NPD-Papier, das mit Carl Schmitt «eine wirkliche Volksherrschaft mit einer <Identität von Regierten und Regierenden>» anpeilt. Das dafür propagierte Verständnis von «direkter Demokratie» preist die Schweiz als unverfängliches Vorbild an.)

Kulturalismus und Ausschluss

9. In demokratisch verfassten pluralistischen Gesellschaften brauchen RechtspopulistInnen zusätzlichen Treibstoff, um ihre identitäre Politik durchzusetzen: Dazu homogenisieren sie den «Demos» ethnisch und bekämpfen im Namen der so konstruierten nationalen Identität Differenz.

«Wir sind das Volk. Wer seid Ihr?», polterte Recep Tayyip Erdogan gegen die Opposition im Juli 2014. Das Muster ist bekannt: Wer nicht für «uns» ist, wird zum «Fremdkörper» im «Volkskörper». Doch Ausschluss anderer muss unter«mauert» werden. Begründet wird er mittels unterschiedlicher Grenzziehungen: staatlichen Grenzen aus Sicher-

heitsgründen in der Abwehr von Terrorismus, entlang von kulturellen und ethnischen Grenzen im Falle von Immigration oder religiösen, wenn eine Religion wie der Islam unter Pauschalverdacht gestellt wird. Dabei sind auch Geschlechterkonstruktionen dienlich (jüngstes Beispiel ist Thomas de Maizières Leitkultur-slogan «Wir sind nicht Burka»).

10. Einheit des Volkes durch Ausschluss «kulturell» Anderer herzustellen, reproduziert und rechtfertigt die marktformigen Ausschlussmechanismen.

Der Kapitalismus hat schwer überwindbare Klassengrenzen über den gesamten Globus gezogen. Werden diese globalen Apartheidschranken dennoch durchbrochen, greifen rechtspopulistische GrenzwächterInnen auf kulturelle oder religiöse Deutungsmuster zurück, um diese Flucht aus Armutszonen zu unterbinden: «Die haben eine andere Kultur.» Warum eigentlich, wenn es sich bei der globalen Apartheid letztlich um eine Erscheinung der kapitalistischen Weltwirtschaft handelt? Die Ethnisierung sozialer Auseinandersetzungen dient ohne Zweifel dazu, sie der politischen Gestaltung zu entziehen: «Klassenkampf» wird umgedeutet in den Kulturkampf unveränderbarer Identitäten.

11. Die Abwehr von Fremden dient dem neuen Rechtspopulismus dazu, soziale Kämpfe in solche zur Verteidigung der eigenen Zivilisation vor dem Ansturm von «Barbaren» umzupolen.

Dieses Framing gewinnt an Plausibilität, wenn die als bedrohlich empfundenen Zumutungen einer beschleunigten Globalisierung tatsächlich auch mit einer Zunahme von mehr oder weniger freiwilliger Migration und entsprechenden demografischen Veränderungen verbunden sind. Doch auch ohne diese lässt sich in einem «mörderischen» globalen Konkurrenzkampf die reale Erfahrung von Kontrollverlust leicht zur Grundlage einer Verschiebung machen. Diese bürdet anstatt

anonym wirkenden Marktkräften und Machtmonopolen den Geflüchteten und Eingewanderten die Verursachung der eigenen Ängste auf. Diese Neu-Rahmung kreiert der nationalistische Rechtspopulismus, indem er die soziale Frage besetzt und in ein Verteilungsproblem zwischen «Innen» und «Aussen», zwischen der «eigenen» und den «fremden» Kulturen verwandelt.

12. Abwehr und Ausschluss anderer wird heute zunehmend «ethnopluralistisch» mit kultureller Differenz gerechtfertigt. Das ermöglicht einen als Kulturkampf getarnten Rassismus ohne «Rassen».

Multikulturalität wird nur scheinbar bejaht, dienen doch die Fremdkulturen nicht als Argument für interkulturelle Beziehungen. Ethnopluralismus meint hier vielmehr: Jeder und jede soll seine Kultur da (und nur da) leben können, wo er oder sie herkommt. Das Aufnehmen ethnischer Vielfalt bedeutet also keineswegs ein Aufgeben des homogen, essenzialistisch und überlegengedachten Bilds der eigenen Kultur. ImmigrantInnen stellen deren Identität und Fortbestand in Frage und werden – in umgekehrtem Kolonialismus – als InvasorInnen gedeutet, welche «Landnahme fremder Völker» (Klaus Dörre) betrieben. Von «Rassen» wird nicht mehr gesprochen.

Dennoch setzt der gegenwärtige Rechtspopulismus den alten Diskurs in neuer Gestalt fort, wenn er vor der Islamisierung des christlichen Abendlands warnt und mobil macht zur Verteidigung eines in seiner «kulturellen Reinheit» und «religiösen Einheit» bedrohten Volkes. Selektion nach Herkunft und «Nationalpathos aus Blut» (Ernst Bloch) leben weiter.

Wie darauf antworten?

Falsch wäre, sagt Slavoj Žižek, die Ängste und Sorgen der «einfachen Leute» angesichts der Flüchtlinge als rassistische Vorurteile abzutun. Ihre Wut über Fremdbestimmung durch «gesichtslose Institutionen» ist für ihn berechtigt.

Verfehlt sind aber auch Versuche, den Rechtspopulismus mit seinen eigenen Mitteln schlagen zu wollen: Man kann nicht die Kampflogik des «Wir gegen die anderen» oder «Volk gegen Elite» einfach mit linken Inhalten füllen. Emanzipatorisches Handeln muss die populistischen Rahmungen sprengen, wenn es sich nicht im Irrgarten des Kampfs gegen identitäre Politiken selber verlaufen will.

«Verfehlt sind Versuche, den Rechtspopulismus mit seinen eigenen Mitteln schlagen zu wollen: Man kann nicht die Kampflogik des <Wir gegen die anderen> oder <Volk gegen Elite> einfach mit linken Inhalten füllen.»

«Gegen-Hegemonie»-Ansätze sind nicht im «Zurück zum Volksstamm» (Zygmunt Bauman), wohl aber in sozialen Praxen zu erkennen, welche neue «Räume des Gemeinsamen» und solidarischen Lebens erschliessen. Dazu gehört nicht die «Verteidigung des Eigenen», wohl aber die Verteidigung und Vertiefung von Demokratie mit dem Ziel, dass Menschen ihre Verhältnisse auf allen staatlichen, wirtschaftlichen und lebensweltlichen Ebenen selbst gestalten können. Sie schliesst namentlich den Kampf gegen alle Formen von Diskriminierung und Exklusion ein, welche Frauen, Migrierende, kulturelle oder sexuelle Minderheiten treffen. (In dieser Hinsicht hat Nancy Fraser die Niederlage von Hillary Clinton begrüsst, da sie der fatalen Wahl zwischen feministisch progressivem Neoliberalismus und xenophobem Populismus ein Ende bereite.) Denn erst eine umfassende Demokratisierung schafft Raum für ein egalitäres «Multiversum der Kulturen» (E. Bloch) und der Lebensentwürfe.

Literatur

Beat Dietschy: *Was macht nationalistische Bewegungen attraktiv?* In: Georg Wenz und Klaus Kufeld (Hg.): *Die neuen Wirren des Nationalismus*. Ludwigschafen 2017.

Beat Dietschy, *1950, ist Theologe und war bis 2015 Zentralsekretär von Brot für alle. Er ist Mitglied der Redaktion der Neuen Wege.

● dietschy@gmx.ch